

Die Eingekerkerten der Pflichten

müssen wenigstens Erfahrung und Lebensweisheit erwerben, ehe sie sich den Mut nehmen, das Schicksal der Nation in entscheidender Weise zu beeinflussen. (Bewegung links.)

Abgeordneter Wilhelm Vághy: Richter kann man auch in einem jüngeren Alter sein! (Rufe rechts: Nach Ablegung der Prüfungen!)

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza: Der Herr Abgeordnete behauptet, daß dieserart der ganze Zug aus lauter Bremsen bestehen wird. Nun denn, was auf dem Gebiete der Ideen und der Initiative in der Gesellschaft einer Nation an treibender Kraft lebt, das ist doch zum großen Teil naturgemäß in den höhergebildeten Schichten konzentriert. Wie viel Abgeordnete unter dreißig Jahren gibt es hier im Hause? Besteht denn die sehr berechtigte oppositionelle Seite dieses Hauses aus lauter Bremsen? Ist nicht genug jugendliches Temperament und jugendliches Feuer in jenen Mitgliedern der Opposition (Bewegung und Heiterkeit rechts), die das dreißigste Lebensjahr um ein gutes Stück überschritten haben? (Heiterkeit rechts.) Es ist natürlich — und darin liegt der Sinn der ganzen Sache —, daß die über dreißig Jahre Zahlenden nüchterner und bedächtiger sind, mehr Urteil haben und sich ein besseres Urteil über Menschen und Dinge bilden, wie diejenigen, die jünger als dreißig Jahre sind. (Zustimmung rechts.) Für einzelne gilt dies natürlich nicht. Es gibt auch unter den Allerjüngsten nüchterne Männer von großer Einsicht und unter den Ältesten solche wieder, die ganz andere Neigungen und Eigenschaften besitzen. Der allgemeine Durchschnitt ist hier maßgebend. Diejenigen, die einen sechsstündigen Elementarlehrgang erfolgreich absolviert haben, werden im großen und ganzen durchschnittlich geeigneter sein, sich ein richtiges Urteil über die politischen Fragen zu bilden, als diejenigen, die diesen Bildungsgrad nicht besitzen. Die mehr als dreißig Jahre Zahlenden Männer werden im allgemeinen richtiger und nüchterner über Menschen und Grundsätze urteilen, als die jüngeren. Deshalb ist das Kriterium nicht richtig, das denjenigen das Wahlrecht zu geben wünscht, die assentiert oder nicht assentiert wurden. Die Grenze, die bei diesem Kriterium gezogen wird, hängt von der physischen Fähigkeit der Betreffenden ab und läßt keinerlei Schlüsse auf die Geistes- oder Charaktereigenschaften des Betreffenden zu.

Abgeordneter Stefan Rakovszky hat darin recht, daß auf dem Schlachtfelde die physische Kraft nicht in erster Reihe entscheidet, sondern die Charakter- und Willensstärke und die Energie; aber die Musterung kann nicht danach erfolgen, ob jemand mehr Charakterstärke, Willenskraft oder sittliche Kraft besitzt, sie kann nach keinem anderen Kriterium durchgeführt werden, als nach dem gesundheitlichen und physischen Zustand. Deshalb bleibe ich konsequent, wenn ich ein solches Kriterium, eine solche Zynsur annehme, die meiner Ansicht nach das Übergewicht der intelligenteren, gebildeteren Elemente sichert, und ich bleibe mir selbst konsequent, wenn ich eine Zynsur ablehne, die in dieser Beziehung vollkommen unverlässlich ist. Es ist meine Überzeugung, daß wir einen verhängnisvollen Fehler begehen würden, wenn wir diese Frage, die in dem Leben keiner Nation wichtiger ist als in dem der ungarischen, jetzt so weitgehend entscheiden wollten, daß wir allen über 20 Jahre alten Männern, die ins Feld gezogen sind, das Wahlrecht sichern würden, jetzt, wo wir alle naturgemäß unter solchen Eindrücken stehen, uns in einem solchen Seelenzustand befinden, in dem an Stelle der nüchternen Erwägung über diese, das Interesse des Staates tief berührende Frage ein überaus ehrenwertes, persönliches Gefühl der Erhebung in den Vordergrund tritt. Wenn wir der Sache der Demokratie in Ungarn einen wirklichen Dienst erweisen wollen, wenn wir dies, wie ich glaube, mit unseren sämtlichen Prinzipiengegnern ernst wollen, so wird der Weg hierzu durch das gegenwärtige Wahlrecht klar gewiesen: Heben wir das politische Niveau der ungarischen Gesellschaft! (Zustimmung rechts.) Sorgen wir für solche Volksunterrichtsinstitutionen, die die Volksschulpflicht zu lebendiger Wirklichkeit gestalten. Und betreten wir jenen langsameren, aber naturgemäß organischen und segensreichen Weg des demokratischen Fortschrittes, der den Fortschritt in der Vermehrung der für die Ausübung der demokratischen Rechte geeigneten Faktoren sucht, der also die Zahl der Wähler erst dann erhöht, nachdem wir die Zahl der des Wahlrechtes fähigen Personen gesteigert haben. (Zustimmung rechts.) Wir dürfen nicht in den irrigen Glauben verfallen, daß das Interesse der Nation unter allen Umständen das allerdemokratischste Wahlrecht fordert. Das Interesse des Volkes und der Nation erheischt es, daß wir das allgemeine materielle, geistige und moralische Niveau zu erhöhen bestrebt seien, daß wir auf dieser Grundlage die Ausbreitung der politischen Rechte aufbauen. (Beifall rechts, Lärm links.) Eine Ausbreitung der politischen Rechte, ehe die Vorbedingungen dazu gegeben sind, eine leichtfertige Verteilung politischer Rechte an noch nicht reife Schichten und Faktoren kann nicht im Interesse des Volkes liegen. Es kann nur das Interesse der Demagogie und derjenigen sein, die, nachdem die Verfassungsmäßigkeit sie verbraucht hat, ihre gegen die Verfassung und Nation gerichteten Pläne verwirklichen wollen. (Lärm links.)

Hievon ausgehend darf ich behaupten, wenn es etwas in meiner öffentlichen Laufbahn gibt, worauf ich mit einer gewissen Genugtuung, Befriedigung und mit tiefem Dank für die göttliche Vorsehung denke, so ist es das, daß ich dieser Sache durch so viel Wechselfälle, Schwierigkeiten und Gefahren hindurch erfolgreich dienen konnte. Und so lange ich noch einen Funken Kraft in mir haben werde, werde ich diese Kraft immer einsetzen, um diese Nation vor einem leichtfertigen Wahlrechtsradikalismus zu retten. (Beifall rechts, Lärm links.)

Ich bitte das Haus, den Paragraphen unter Ablehnung des Antrages des Abgeordneten Stefan Rakovszky in seiner ursprünglichen Fassung unverändert anzunehmen. (Langandauernder lebhafter Beifall, Applaus und Claqueurufe rechts.)

Graf Julius Andrássy:

Der Herr Ministerpräsident hat erklärt, er wundere sich darüber, daß ich während des Krieges die Wahlrechtsreform auf's Tapet bringe. Ich habe das mit meinem Worte gesagt.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza: Sie sagen es nicht, aber Sie tun es!

Graf Julius Andrássy: Gerade das Gegenteil habe ich gesagt! Ich habe nur das Wahlrecht der kämpfenden Bürger urgiert, was mit der großen organischen Frage des Wahlrechtes nicht im Zusammenhange steht. (Widerpruch rechts.) Ferner meinte der Ministerpräsident, es sei für gewisse Personen unangenehm, daß er über ein so gutes Erinnerungsvermögen verfüge. Auch ich verfüge über ein ausgezeichnetes Erinnerungsvermögen! Als ich das Pluralwahlrecht unterbreitete, suchte mich der Herr Ministerpräsident auf, stellte seine Unterstützung in Aussicht; doch erklärte er zugleich, daß ich zu weit gegangen bin (Heiterkeit links), und er werde im Magnatenhause eine Einschränkung anstreben. Auch später war ich in dieser Frage nicht einer Meinung mit dem Herrn Ministerpräsidenten und ich erklärte, daß seine Wahlrechtsvorlage nicht genügend sei und diese Frage nicht zum Stillstand bringen werde. Ich war kein Anhänger des radikalen Wahlrechtes und auch heute will ich mich nicht an Schlagworte binden. Geseht den Fall, daß mein Standpunkt sich verändert hat. Wir leben inmitten solcher Ereignisse, daß derjenige, der sich davor verschließt, vielleicht ein gelehrter, ein braver Mann, ein Heros seiner Überzeugung ist, keineswegs aber ein Staatsmann sein kann. (Lebhafter Beifall links und äußerlich links.) Denn eine Tatsache steht vor der Welt fest: die Millionen des Volkes haben das Land gerettet; diese Millionen haben einen Beweis der Treue und Opferwilligkeit geliefert, den wir kaum voraussetzen konnten. In der ganzen Welt fürchtete man für die Idee des nationalen Staates vor den Sozialdemokraten. Das war vielleicht ein Beweggrund für die Stellungnahme des Ministerpräsidenten, sowie es für mich maßgebend war. Was haben wir gesehen? Die Millionen des Volkes haben ihre Pflicht erfüllt, sie haben geblutet. Ich würde mich nur freuen, wenn die ungarische Mittelklasse und der Hochadel das Beispiel befolgten, das die Millionen geliefert haben. (Langandauernder lebhafter Beifall und Applaus links und äußerlich links.) Der Herr Ministerpräsident meint, wir seien empfänglich Schlagworten gegenüber. Ich bin keineswegs empfänglich Schlagworten gegenüber, allein ich bin empfänglich den Lehren der Geschichte, der Entwicklung der Dinge gegenüber. (Lebhafter Beifall und Applaus links.) Wer dafür nicht empfänglich ist, wer hartnäckig dort stillhält, wo er einmal steht, wer nicht sieht, daß die Welt vorwärts schreitet, wer nicht lernt, sondern sagt, es muß so sein, wie ich es einmal gesagt habe, ist ein Unglück für das Land! (Langandauernder Beifall und Applaus links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza

will nur zwei kurze Bemerkungen machen. Wenn wir den zwei bis drei Millionen Menschen, die jetzt dranhängen an der Front sind, das Wahlrecht geben, so ist damit die künftige politische Entwicklung Ungarns im Zeichen des vollsten Radikalismus entschieden. Darin hat der Abgeordnete Graf Michael Károlyi vollkommen recht, daß wir, wenn wir die Massen jetzt auf einmal hineinlassen, sie nie mehr werden verdrängen können. Wer jetzt dies will, der will den Radikalismus, der entscheidet über das Schicksal der ganzen organischen Reform. Diejenigen Politiker sind vielleicht sympathisch, achtenswert, jedenfalls aber gefährlich, die am Rande des Abgrundes schreitend mit verbundenen Augen das Land leiten wollen. (Lebhafter Beifall rechts.) Was das Erinnerungsvermögen des Grafen Julius Andrássy betrifft, so ist es für gewisse Dinge jedenfalls sehr scharf, aber ein wenig lüdenhaft. (Bewegung links.) Sein Erinnerungsvermögen beginnt bei der Pluralität. Während der Regierung Koloman Szélls haben Graf Julius Andrássy und auch der Redner mit der größten Übereinstimmung die größte Vorsicht für geboten erachtet. Ferner vergißt Graf Julius Andrássy an die Zeit zwischen den Jahren 1908 und 1913, wo er ebenfalls bestrebt war, den Wahlrechtsradikalismus einzuschränken. In unseren Jugendjahren und auch im Manesalter waren wir beide Anhänger eines sehr vorsichtigen Wahlrechtssystems. Dann gab es wieder eine Zeit, wo wir beide uns im gemeinsamen Kampfe gegen das radikale Wahlrecht trafen. Wir kennen dann das plötzliche Mantelwenden, das die Bildung des Kabinetts Lukács verursacht hat.

Graf Julius Andrássy: Auch das verhält sich nicht so!

Graf Stefan Tisza: Gab es denn keinen Gegensatz in der Frage der Pluralität zwischen Andrássy und Juszt? (Zustimmung rechts, Lärm links.)

Abgeordneter Béla Kelemen: Das ist nicht das Wesen der Frage!

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza: Nein! Es wäre gut, wenn die Herren Abgeordneten stets nur über das Wesen der Dinge sprechen möchten! (Lebhafter Zustimmung rechts, Lärm links.) Das Wesen besteht darin, daß wir uns inmitten der großen seelischen Emotion des Krieges selbst durch die edelsten Gefühle nicht zu irgendeinem Schritt hinreißen lassen dürfen, dessen Preis später die Nation bezahlen würde. (Lebhafter Beifall rechts.) Jawohl! Lernen wir aus der Weltgeschichte, aus den Ereignissen! Allein warten wir die historische Perspektive ab, in der wir dann ganz nüchtern die Lehren des Weltkrieges ableiten können! (Langandauernder lebhafter Beifall, Applaus und Claqueurufe rechts.)

Vizepräsident Elemér Simontsits

meldet, daß mehr als fünfzig Abgeordnete über den Antrag des Abgeordneten Stefan Rakovszky die namentliche Abstimmung verlangt haben. Da dieser Antrag nur einen Zusatzantrag zu dem § 2 bildet, wird über den ursprünglichen Text des Paragraphen einfach abgestimmt.

§ 2 wird unverändert angenommen.

Folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Stefan Rakovszky.

Der Antrag wird mit 122 gegen 75 Stimmen abgelehnt; 212 Abgeordnete waren abwesend.

§ wird unverändert angenommen.

Sodann wird der Bericht des Ministers des Innern über den Anschluß eines Gebietsteiles der Gemeinde Bös an die Gemeinde Ásvány nach den Aufklärungen des Abgeordneten Miklós Kószthal ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Nach Authentifikation des Protokolls wird die Sitzung vor neun Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen, Freitag, nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lesung des heute erledigten Gesehtwurfs, Verhandlung des sechsten Regierungsberichtes über die Inanspruchnahme der Ausnahme-gewalt während des Krieges.